

Inkrafttreten der "Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplans Teilbebauung Neuwiesen" in Ettlingen

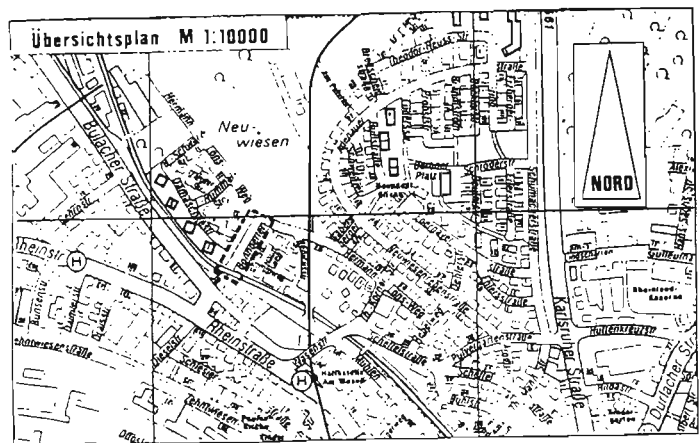
Der Gemeinderat der Stadt Ettlingen hat die "Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplans Teilbebauung Neuwiesen" auf der Gemarkung Ettlingen am 8.9.1993 in öffentlicher Sitzung als Satzung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Das nach § 11 BauGB erforderliche Anzeigeverfahren wurde ordnungsgemäß durchgeführt. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat mit Erlaß vom 22.2.1994 - Az.: 22-2511.3-6/134 - mitgeteilt, daß keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht wird.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die "Änderung des Teilbereichs des Bebauungsplans Teilbebauung Neuwiesen" in Kraft. Jedermann kann die Änderung des Bebauungsplans mit Begründung während der Dienststunden einsehen bei der Stadt Ettlingen, Neuer Markt 9 - 11, Planungsamt, Zimmer 6; auf Verlangen wird über den Inhalt Auskunft gegeben. Unbeachtlich sind gemäß § 215 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) - eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 S. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, wenn sie innerhalb eines Jahres, und - Mängel der Abwägung, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung der Bebauungsplanänderung gegenüber der Stadt Ettlingen schriftlich geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder des aufgrund der GemO beim Zustandekommen als Satzung beschlossenen Bebauungsplanänderung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Ettlingen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Ferner wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 S. 1 und 2 sowie Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) über die fristgemäße

Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche und deren Erlöschen hingewiesen; Entschädigungsansprüche sind schriftlich gegenüber der Stadt Ettlingen geltend zu machen. Ein Entschädigungsberechtigter kann Ersatz verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in den §§ 39 bis 42 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.



Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs ergibt sich aus obigem Übersichtsplan.

Ettlingen, 11.3.1994

Bürgermeisteramt der Stadt Ettlingen

gez. Reinhard Frank

Bürgermeister

Mitteilungen anderer Ämter



Regierungspräsidium Karlsruhe

Tierseuchenrechtliche Anordnung zur Untersuchung von Schweinen im Regierungsbezirk Karlsruhe vom 10. Februar 1994; Az.: 37-9122.00

Aufgrund von § 3 Abs. 1 der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) vom 3. August 1988 (BGBl. I S. 1559), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 21. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1758), in Verbindung mit der Verordnung des Ministeriums Ländlicher Raum über Zuständigkeiten nach der Schweinepest-Verordnung wird im Wege der Allgemeinverfügung für den Regierungsbezirk Karlsruhe folgendes angeordnet:

1. Alle Schweine im Regierungsbezirk Karlsruhe sind amtstierärztlich auf Schweinepest zu untersuchen. Bei dieser Untersuchung sind auch Blutproben zu entnehmen.
2. Die Anzahl der in jedem Betrieb zu entnehmenden Blutproben richtet sich nach Anhang IV der Richtlinie 80/217/EWG des Rates der EWG vom 22. Januar 1980 über

Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest (ABl. EG Nr. L 47 S. 11) in der derzeit gültigen Fassung bzw. nach Maßgabe des zuständigen Staatlichen Veterinäramtes. Erforderlichenfalls sind wiederholt Blutproben zu nehmen.

3. Das zuständige Staatliche Veterinäramt kann nach pflichtgemäßem Ermessen die Untersuchungen und Probenahmen auf einen Teil der schweinehaltenden Betriebe beschränken.
4. Anstelle der beamteten Tierärzte können nach entsprechender Beauftragung durch die Staatlichen Veterinärämter auch andere approbierte Tierärzte die Untersuchungen und Blutprobenentnahmen durchführen.
5. Die Anordnung gilt zwei Tage nach deren Bekanntmachung als bekanntgegeben.